

Landtagsrede

Sylvia Löhrmann MdL

Fraktionsvorsitzende

Rede im Plenum am 30. August 2006:

Erste Lesung des Landeshaushalts 2007

Es gilt das gesprochene Wort!

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Herr Ministerpräsident, Sie reden wie Blüm, ziehen Strippen wie Kohl und regieren wie Westerwelle. Winnetou, der Häuptling der Apachen, hätte gesagt: "Weißer Mann spricht mit gespaltener Zunge!"

So viel Widerspruch zwischen Wort und Tat, so ein Graben zwischen Anspruch und Wirklichkeit war selten. Zwischen Schein und Sein der Landesregierung liegen Welten. Konrad Adenauer hat ja mal gesagt: "Was schert mich mein Geschwätz von gestern." Bei Ihnen müsste es heißen: "Was schert mich mein Geschwätz von heute". Links reden, rechts regieren, das ist Ihr Motto. Das macht der Entwurf der Landesregierung für den Haushalt 2007 erneut deutlich.

Und die Leidtragenden, die Opfer Ihrer Haushaltspolitik sind

- die Frauen
- die Kinder und Jugendlichen
- deren Eltern und
- als Hauptsparschwein der Landesregierung - diesmal die Kommunen.

Anrede,

es war ja der Sommer der Lebenslügen. Was für ein Glück, dass nicht nur die der CDU, sondern auch die von Günter Grass durch die Medienlandschaft geisterte, sonst wäre die Union wahrscheinlich heute noch mehr zerfleddert als ohnehin schon.

Gewaltige gedankliche Einsichten, die Sie, Herr Rüttgers, da hatten. Ich habe mich schon gefragt, wie kommt es, dass unser Ministerpräsident mit unverkennbar rheinischer Fröhlichkeit, aber auch mit einer Selbstgewissheit, die ihresgleichen sucht, über Lebenslügen seiner eigenen Partei schwadroniert?

Du meine Güte, Herr Rüttgers, was für ein Wort! Lebenslüge! - Was heißt das denn?

Da lebt einer sein ganzes Leben mit einer Lüge, mit Selbstbetrug also. Und kurz vor dem Ende, bevor er sie mit ins Grab nimmt, da gesteht er sie ein - um sein Gewissen, seine Seele frei zu machen.

Und so was haben Sie jetzt kollektiv Ihrer eigenen Partei attestiert. Für die Sie als Zukunftsminister in der Bundesregierung gearbeitet haben. Deren stellvertretender Bundesvorsitzender Sie seit sechs Jahren sind. Was haben Sie eigentlich in den ganzen Jahren da gemacht? Oder meinten Sie nur sich selbst?

- Wenn man das ernst nimmt, dann haut es einen um.

Herr Rüttgers,

aber ich vermute, das mit der Lebenslüge meinten Sie eigentlich gar nicht wirklich ernst. Das war wohl doch eher ein Marketing-Gag, oder? Sicher, ich verstehe das: Wenn Sie gesagt hätten: "Hört mal alle her in der Union! Das mit der Freiheit über alles, das war ein politischer Irrtum!"

Dann hätte es wieder keinen interessiert. Angela Merkel hätte nicht mal gezuckt, und Wulff, Koch und Stoiber auch nicht. Das passiert Ihnen in Berlin ja öfter. Und das ist natürlich nicht schön, schon gar nicht, wenn man Ministerpräsident des größten Bundeslandes ist. Also musste wohl eine Keule her.

Und deshalb hab ich mich gefragt: Was hätten Sie sonst sagen können?

Ich hätte da eine Alternative: „ideologische Verblendung“!

Herr Rüttgers, das hätte auch eingeschlagen wie eine Bombe, und das wäre wahrlich treffender gewesen.

Denn von ideologischer Verblendung, da strotzt es ja nur so in der CDU. Was ist es denn sonst, was die CDU seit Jahren den Marktradikalen hinterherlaufen und jeden Unfug zur Heilslehre erklären lässt?

Und mit dem Haushaltentwurf für das Jahr 2007 wird genau die falsche Politik umgesetzt, die Sie, Herr Rüttgers, an Ihrer CDU kritisieren. Herr Ministerpräsident, Sie reden mit gespaltener Zunge.

Anrede,

beim Haushalt 2006 waren die Hauptopfer Ihrer Politik die Kinder und Jugendlichen und ihre Eltern. Passenderweise haben Sie das Jahr, in dem es zwei erfolgreiche Volksinitiativen gegen Ihre Kinder- und Jugendpolitik gab, zum "Jahr des Kindes" ausgerufen. Auch das so ein super Marketing-Gag.

Und Sie haben den Umweltschutz rasiert. Die angeblich aufgeblähte Umweltverwaltung wurde drastisch zusammengestrichen. Dabei musste die Landesregierung in der Antwort auf eine Kleine Anfrage Bärbel Höhn im Nachhinein bescheinigen, dass ihr Haus bei der Modernisierung ganz vorne lag. Mit 16,2 Prozent abgebauten Stellen in den Jahren 1995 bis 2005. Warum wurde also die Umweltverwaltung zusammengestrichen? Ich sag´s Ihnen: Weil Sie sich an Frau Höhn abarbeiten müssen. Dabei zeigen doch Gammelfleischskandal, PFT-verseuchtes Trinkwasser, Vogelgrippe und Schweinepest - und wenn ich den Blick etwas öffne - auch die verheerenden Folgen der Klimaerwärmung wie etwa die ständig wachsende Zahl von Hurrikans: Gute Umweltpolitik schützt die Menschen und nützt den Verbraucherinnen und Verbrauchern. Deshalb ist es absolut kurzsichtig

und unverantwortlich, Umweltstandards abzubauen und die Strukturen des öffentlichen Umweltschutzes zu zerschlagen.

Angesichts wachsender Volkswirtschaften wie China, Indien oder Indonesien kommt es gerade darauf an, mit Innovationsprozessen im Umweltsektor zu wuchern, statt sie zu kappen - und das nur, weil sie von Grünen angestoßen und entwickelt wurden. Welch ideologische Kurzsichtigkeit; nein: Verblendung; ich muss sogar sagen: Blindheit.

Und im Haushalt 2007? Da hat sich die Landesregierung die Frauen vorgeknöpft. Die Regionalstellen Frau und Beruf werden kurzerhand abgeschafft, versprochen hatten Sie eine Umstrukturierung. Das Ergebnis: Aktive Beratung für Frauen, die nach der Familienphase zurück in den Beruf wollen, wird es in NRW nicht mehr geben. Dabei brauchen wir kaum etwas dringender als eine Erhöhung der Frauenerwerbsquote in Deutschland.

Im Wissenschaftsetat von Minister Pinkwart wird die Frauenförderung gleich komplett eingestellt. Wir schließen daraus: Ihnen reichen die - dank Rot-Grün mühsam erreichten - 12,7 Prozent Professorinnen, offensichtlich aus. Uns nicht, denn das Ziel der Gleichberechtigung ist damit noch lange nicht erreicht.

Offensive Gleichstellungspolitik, faktische Gleichberechtigung, das hat in Ihrer Ideologie immer noch keinen Platz.

In dieser Lage, Herr Dr. Rüttgers, würde es doch Zeit, Ihr Image aufzupolieren. Vielleicht rufen Sie das kommende Jahr einfach zum "Jahr der Frauen" aus. Würde doch zum "Jahr des Kindes 2006" mit seinen Volksinitiativen passen.

Mittlerweile geht ja bei den Menschen in NRW schon die Angst um, wenn Rüttgers wieder eine Gruppe zum Schwerpunkt des Jahres "erwählt". Denen geht es nämlich garantiert an den Kragen. Herr Laschet: Fällt Ihnen eigentlich gar nicht auf, dass Sie jedes Mal die Scherben zusammenkehren müssen? Es reicht nicht, schöne allgemeine Reden über Multi-Kulti, Frauen und Kinder zu halten. Es wird langsam Zeit, dass Sie sich mal kräftig wehren!

Allerdings: Zu diesem Landeshaushalt würde auch noch eine ganz andere Losung passen: Das "Jahr der Kommunen". Denn auch die sind ein besonderes Opfer Ihrer gedankenlosen Kürzungswut.

Herr Finanzminister: Konsolidierung zeichnet sich - eigentlich - dadurch aus, dass Schulden der öffentlichen Hand insgesamt reduziert werden. Sie stattdessen verschieben die Haushalts-Löcher aus dem Landeshaushalt in die kommunalen Haushalte. Allein 162 Millionen Euro werden den Kommunen entzogen, weil ihr Anteil am Grunderwerbssteueraufkommen in 2007 auf Null gesetzt wird. Und trotz dieser Operation stellen Sie sich hin und behaupten, dass die Kommunen unverändert mit einem Verbundsatz von 23 Prozent am Steuerverbund beteiligt werden. Herr Minister: Diese bodenlose Frechheit werden sich die Kommunen nicht bieten lassen. Insgesamt bekommen unsere Kommunen fast 500 Millionen Euro, also eine halbe Milliarde weniger, damit der Landeshaushalt wie ein Sparhaushalt wirkt.

Sie konsolidieren überhaupt nichts! Sie verschieben bloß die Schulden von einem Konto auf das andere. Das ist "linke Tasche - rechte Tasche!" Ein Jahr an der Regierung, und schon keine Ideen mehr, nur noch ziemlich dreiste Versuche, mit Taschenspielertricks über die Runden zu kommen. Von nachhaltiger Haushaltspolitik keine Spur.

Schein und Sein der Landesregierung.

Herr Ministerpräsident, Sie reden mit gespaltener Zunge. Das ist und bleibt das Makelzeichen der schwarz-gelben Koalition.

Das will ich an fünf weiteren Punkten deutlich machen.

1. Der Schein ist sozial, das Sein ist marktradikal.

Erinnern Sie sich: In Ihrer Regierungserklärung, das ist gerade mal ein Jahr her, da haben Sie gesagt, sie wollten Freiheit vor Gleichheit. Sie wollten Privat vor Staat. Damals haben Sie den Marktradikalen das Wort geredet, zur besonderen Freude der „Mir-doch-egal,-wie-du-klar-kommst-Liberalen“ an Ihrer Koalitionsseite. Und nun, ein Jahr danach, zaubern Sie im Sommertheater das Sozialkaninchen aus dem Hut, dass es den FDP-Kollegen ganz schwindelig wurde.

Kein Wunder, dass Herr Pinkwart Sie lobt, während Herr Papke drauflos drischt, was das Zeug hält. Die - ich betone das - die verbale Wende war dermaßen scharf, Herr Ministerpräsident, da musste der Flottenverband ja aus der Kurve fliegen. Vielleicht geben Sie Herrn Papke doch mal Ihre Handynummer.

Links reden, rechts regieren, das ist Ihre Devise, Herr Rüttgers. Sie machen **keine** soziale Politik für NRW. Das Ehrenamt wird kaputt gespart, die Frauenpolitik wird abgewickelt, den Umweltschutz wollen Sie auch klein kriegen. Und den Kommunen nehmen Sie das Geld, das für die Gestaltung lebenswerter Städte und Gemeinden dringend notwendig ist.

Dabei sind es doch unsere Kommunen,

- wo kulturelle und soziale Integration gelingt - oder nicht,
- wo die Kultur lebt - oder nicht,
- wo die ganz Kleinen Betreuungsplätze bekommen - oder nicht.
- wo Familien Freibäder besuchen können - oder nicht,
- wo Menschen sich für Kinder entscheiden - oder nicht.

Die Kommunen, die sowieso schon Schwimmbäder, Jugendclubs, Kindergärten und Grundschulen schließen. Die Kommunen, die überlegen, Orchester aufzulösen, die ihre Wohnungen verkaufen - die Kommunen, denen das Wasser sowieso schon Oberkante Unterlippe steht, die kriegen Ihre ganze Ideenlosigkeit ab. Horst Becker, unser kommunalpolitischer Sprecher wird dazu gleich noch ins Detail gehen.

Sie schaffen die kommunale Entwicklungszusammenarbeit ab. Ein vernichtender Schlag gegen die Ehrenamtler vor allem in der kirchlichen Eine-Welt-Arbeit. Die soziale Betreuung von Flüchtlingen in den Abschiebehaftanstalten wird gekürzt. Dabei betonen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem Innen- und Justizministerium die vermittelnde und konfliktlösende Rolle dieser Betreuung.

Die Politik der christlichen Soziallehre sieht anders aus.

Und auch die Agenda 21 NRW wird abgeschafft. Der nächste Schlag gegen das Ehrenamt und ein offener Angriff auf eine Politik der Nachhaltigkeit, die auch Sie doch immer mal wieder in Ihren Sonntagsreden postulieren.

Sie reden der sozialen Wirtschaft das Wort, aber Sie setzen marktradikale Ideologien in die Tat um. Glauben Sie wirklich, das merkt keiner?

2. Herr Ministerpräsident:

Der Schein Ihrer Politik ist ein sozial gerechteres Bildungssystem, das Sein ist eine Verschärfung der sozialen Ausgrenzung.

An Bildung und Innovation entscheidet sich die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes, meine Damen und Herren. Ihre Bildungspolitik aber zeichnet sich durch haarsträubende politische Irrtümer und ideologische Verblendung aus, Herr Ministerpräsident. Sie ignorieren systematisch alle wissenschaftlichen Erkenntnisse und Tatsachen, immer nach dem Motto: Wozu brauch' ich Fakten, wenn ich eine Ideologie habe.

Das fängt in der Bildung ganz, ganz unten an:

Sie diskutieren munter über beitragsfreie Kindergartenjahre, während gleichzeitig die Kommunen mit konkreten Haushaltsentscheidungen dazu gezwungen werden, die Kindergartenbeiträge massiv anzuheben. Ihre Politik zwingt die Kommunen dazu, Horte zu schließen, anstatt endlich wirklich die Betreuung der Unter-Dreijährigen auszubauen.

Und die Familienzentren? Werden mit sieben Millionen Euro unterstützt. Haben Sie, Herr Rüttgers und Herr Laschet, am 10. Januar nicht 15 Millionen versprochen? Herr Laschet: Ohne ausreichende Ressourcen können Sie Ihre Familienzentren vergessen!

Herr Rüttgers, Frau Sommer:

Sie behaupten, Ihr Schulgesetz sei das modernste in ganz Europa, dabei sind wir hier in Deutschland die weltweit letzten, die an dem Irrsinn festhalten, Kinder in Schubladen aufzuteilen und ihnen damit im Alter von neun Jahren nahezu unüberwindliche Barrieren in den Weg stellen.

Sie behaupten mit einer Unverschämtheit, die mir wirklich den Atem raubt, dass die Kinder in NRW jetzt gleiche Chancen hätten – ja, so steht es auf dem CDU-Plakat gleich nebenan am Stadttor.

Tatsächlich aber ist Ihr Schulgesetz voll von Maßnahmen, die die bestehende massive Benachteiligung von Kindern aus bildungsferneren Schichten radikal verschärfen werden. Das sagen Ihnen praktisch alle ernst zu nehmenden Bildungsforscher, und das sagt Ihnen auch die OECD.

Wann endlich werden Sie begreifen, dass das selektive Schulsystem, das Schubladensystem, auf einer völlig überholten Vorstellung davon basiert, wie Kinder lernen?

Wann endlich werden Sie sich der wissenschaftlich längst erwiesenen Tatsache stellen, dass die daraus folgende völlig falsche Unterrichtskultur die Hauptursache für das Versagen des deutschen Bildungssystems darstellt?

Wann endlich wird Ihre ideologische Verblendung der bildungspolitischen Vernunft weichen?

Ich sage Ihnen: Jedes Jahr, in dem Sie weiter in die falsche Richtung marschieren, ist ein für immer verlorenes Jahr für die Kinder in unseren Schulen.

Jedes Jahr, in dem Sie weiter an der Schulphilosophie der Kaiserzeit festhalten, ist ein verlorenes Jahr auf dem Weg in die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes!

Es reicht nicht, über individuelle Förderung zu reden - man muss individuelle Förderung zum Prinzip jeden Unterrichts machen. Denn das Potential unserer Kinder ist die wichtigste Ressource, die unser Land hat.

Und es geht weiter mit Ihrer Ausblendung der Realität im Bildungsbereich:

Hochschulfreiheitsgesetz! Was für eine grandiose Täuschung!

Hat jeder, der möchte, die Freiheit zu studieren, wenn er sich dafür gleichzeitig verschulden muss?

Werden die Hochschulen freier, wenn sie vom Land zusätzliche Aufgaben aufgebürdet bekommen, dafür aber im Gegenzug weniger Geld?

Wer hat denn die Gestaltungsfreiheit in der Hochschule, wenn ein Hochschulrat vom Ministerium inthronisiert wird?

Ist es ein Freiheitsfortschritt, wenn die studentische Mitbestimmung eingeschränkt wird?

Ist das Ihr Verständnis von Freiheit, wenn die Studierenden zu Kunden degradiert und von wesentlichen Entscheidungen ausgeschlossen werden, Herr Rüttgers?

Und davon, wie Sie sich mit Ihrer Hochschulpolitik auf den ja auch notwendigen Anstieg der Studierendenzahlen vorbereiten, davon ist nicht das Geringste zu erkennen.

3. Der Schein ist Subventionsabbau, das Sein ist der Status quo.

Auch in diesem Jahr werden die Subventionsgräber Steinkohle, Landwirtschaft und Flugverkehr mit dreistelligen Millionenbeträgen gefüllt.

Sie wissen, dass wir Grüne Sie beim Ziel - dem Ausstieg aus der Steinkohlesubvention - politisch unterstützen. Dazu stehen wir auch nach wie vor. Ganz bewusst habe ich letzte Woche den Verlauf der Sitzung des Wirtschaftsausschusses persönlich verfolgt. Ich bin entsetzt, wie schlecht die Landesregierung vorbereitet ist, um den Ausstieg erfolgreich zu meistern. Sie verhalten sich in hohem Maße fahrlässig. Und Sie, Herr Ministerpräsident, scheinen es, im Gegensatz zu Frau Merkel, nicht für nötig zu halten, das zur Chefsache zu machen. Das ist ein schwerer Fehler, Herr Rüttgers. Das kann nicht gut gehen.

Unseres Erachtens kommt es darauf an, den Börsengang zu konditionieren. Der Ausstieg muss festgeschrieben werden, er muss sozialverträglich erfolgen, die Altlasten und die bergbaubedingten Schäden dürfen auch nach Auslaufen des aktiven Bergbaus nicht beim Staat hängen bleiben und nicht zu Lasten der betroffenen Bürgerinnen und Bürger gehen.

Doch die Landesregierung ist schlecht vorbereitet. Während die Gegenseite mit aufwändiger Medienkampagne und hochkarätigen Ratgebern aufrüstet, fehlen der Landesregierung sowohl die für solche Verhandlungen notwendigen Grundlagen, als auch der erforderliche fachliche Beistand.

Den von uns beantragten Projektausschuss zur parlamentarischen Vorbereitung dieser Verhandlungen, haben Sie zum zweiten Mal abgelehnt. Sie verweigern sich der notwendigen akribischen Sacharbeit, die zur Entlastung des Haushalts in dieser Frage von entscheidender Bedeutung ist.

Wir sind nicht mehr bereit, die organisierte Intransparenz bei der Steinkohlefinanzierung zu akzeptieren. Wir wollen im Detail wissen, wofür die 600 Millionen Euro, die NRW jährlich für die

Steinkohle ausgibt, verwendet werden. Und wenn wir diese Transparenz von Ihnen nicht bekommen, dann werden wir das vor Gericht klären. Herr Ministerpräsident: Es geht hier einfach um zu viel, als dass wir zulassen können, dass Ihre Regierung bei diesem Thema weiter herum dilettiert!

4. Der Schein ist ein Sparhaushalt, das Sein sind verpasste Konsolidierungschancen.

Anrede,

ohne eine grundlegende Reform des öffentlichen Dienstes werden Sie den Personalhaushalt nicht in den Griff kriegen. Auch hier hindert Sie Ihre ideologische Verblendung an echten Reformschritten: die Schaffung eines einheitlichen Dienstrechts für alle Beschäftigten, statt krampfhaft am preußischen Beamtenstatus festzuhalten. Ich fordere Sie ausdrücklich auf: Nutzen Sie den Spielraum, den Ihnen die Föderalismusreform hier eröffnet hat. Aber setzen Sie sich endlich auf Bundesebene für eine echte Reform des Öffentlichen Dienstes ein. Die Konzepte liegen auf dem Tisch - oder auch in den Schubladen der Staatskanzlei. Denn rot-grün hat hier mit der Bullkommission die Vorarbeit längst gemacht. Packen Sie's an!

Und die Mehrwertsteuererhöhung? Die haben Sie ja angeblich so heftig bekämpft.

Aber die Mehreinnahmen von 1,4 Milliarden Euro, die haben Sie schon frühzeitig eingeplant.

Herr Dr. Rüttgers,

die Koordinaten Ihrer Politik stimmen vorne und hinten nicht. Nehmen wir die Wertedebatte: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – oder nennen wir es Solidarität.

Ja, Sie haben Recht: Diese grundlegenden Werte unserer demokratischen Verfassung vertragen keine Hierarchie. Sie bedingen sich. Kein Wert geht ohne die anderen. Keiner ist wichtiger als die anderen. Und wenn sich Schwarz und Grün an dieser Stelle einig wären, wäre das ja nicht einmal schlimm.

Aber, Herr Rüttgers, wenn das richtig ist, ja dann - das zeigen die genannten Beispiele Ihrer real existierenden Regierungspolitik - ja dann muss das Fundament Ihrer Arbeit neu gelegt werden. Da geht kein Weg dran vorbei. Die Konsequenz ihrer Kritik an den von Ihnen so genannten Lebenslügen der Union muss über kurz oder lang in eine Generalrevision Ihrer eigenen Regierungspolitik münden.

Wenn Sie all das, was Sie uns in den letzten Wochen über die Medien mitgeteilt haben, wirklich ernst meinen, dann hat der Kollege Papke ja Recht: Sie vertreten verbal das Gegenteil der Politik, die Sie mit der FDP vereinbart haben.

Sie reden mit gespaltener Zunge.

Ich schlage vor: Machen Sie einen Schnitt.

Ziehen Sie diesen Haushalt zurück!

Verhandeln Sie den Koalitionsvertrag neu. Sie können das ja dann gerne „Düsseldorfer Signal“ nennen.

Anrede,

kommen wir zu Rüttgers Erkenntnissen in der Finanz- und Steuerpolitik:

Natürlich war und ist es Unsinn zu behaupten: Wir müssen nur die Steuern senken, dann schafft das Hunderttausende neuer Arbeitsplätze. Allerdings möchte ich zu bedenken geben, Herr Rüttgers: Wenn Sie das in den Medien mit der gleichen Grobretorik vortragen, mit der die CDU im Chor mit den FDP-Politikern das genaue Gegenteil vertreten hat, dann bringt das das Denken in unserem Land auch nicht viel weiter. Und die Reaktionen Ihrer Parteifreunde zeigen: Die Union wird dadurch auch nicht schlauer.

Und ich frage mich allerdings auch, wieso Sie eigentlich über die Steuerfrage mit Ihrer Parteivorsitzenden überhaupt streiten müssen. Wieso müssen Sie Frau Merkel eigentlich noch von der Steuersenkungspolitik abbringen? Da kommen Sie doch längst zu spät! Sie versucht doch gerade als Bundeskanzlerin - gegen Ihren Zwergenaufstand - mit der größten Steuererhöhung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland zu beweisen, dass die Gleichung "hohe Steuern gleich zusätzliche Arbeitsplätze" aufgeht. Was natürlich auch Blödsinn ist. Und gefährlich obendrein, meine Damen und Herren.

Denn es kommt immer darauf an, in welchem gesamtwirtschaftlichen Rahmen die Steuern erhoben werden. Aber zu einer vernünftigen Analyse komplexer Sachverhalte scheint die Union derzeit eher nicht in der Lage zu sein.

Es geht doch darum, wie hoch die Belastung der Unternehmen insgesamt ist. Die ist im Vergleich ziemlich hoch, wenn auch längst nicht mehr so hoch wie zum Ende der Ära Kohl.

Es geht darum, wie hoch die Kosten der Arbeit sind. Die sind doch immer noch zu hoch! Nur arbeitet die Bundesregierung kräftig daran, sie noch weiter nach oben zu treiben.

Es geht darum, wie qualifiziert die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind - und zwar von der Hilfskraft bis zum Management. Und das wird eher schlechter als besser.

Vor allem aber geht es darum, ob wir eine Unternehmenskultur haben – und das gilt übrigens ganz genau so für Parteien oder auch für den Öffentlichen Dienst –, ob wir eine Kultur haben, in der sich die Unternehmen als lernende Organisationen verstehen, die ihre technische und organisatorische Innovationsfähigkeit zum zentralen strategischen Instrument entwickeln. Und da sind andere europäische Länder sehr viel weiter als wir.

Herr Ministerpräsident,

links reden, rechts regieren. Damit werden Sie einen schweren Crash verursachen. Und schon jetzt ist absehbar, wer die Opfer sind: Die, die keine große Knautschzone haben.

Eltern, die gerne arbeiten würden, aber es nicht können, weil die Voraussetzungen fehlen.

Kinder, die schon mit neun Jahren gesagt bekommen - du gehörst in die Schublade mit der Aufschrift "Keine Chance".

Jugendliche, die keine Lehrstelle finden.

Junge Erwachsene, die studieren wollen, es sich aber nicht leisten können.

Mütter, die zurück in den Beruf wollen, aber dabei keine Unterstützung mehr bekommen.

Mittelständische Unternehmen, die zunehmend Probleme haben, qualifizierte Nachwuchs- und Fachkräfte zu finden.

Und Städte und Gemeinden, die schon jetzt nicht mehr ein und aus wissen, und sich für den Vollzug Ihrer unsozialen Politik vor Ort verantworten müssen.

Und warum das alles, meine Damen und Herren? Weil Schwarz-Gelb ideologisch verblendet in Konzepten aus dem vergangenen Jahrhundert verharrt, anstatt sich endlich den Problemen und Chancen unseres Landes sachgerecht, vorurteilsfrei und zukunftsorientiert zu stellen.

Her Ministerpräsident: Damit verspielen Sie die Zukunft Nordrhein-Westfalens.